

Was wagen



Jürgen Hinrichs
über den Hochstraßen-Streit

Die Grünen dafür, die SPD dagegen und die CDU irgendwo dazwischen. Beim Streit um den Abriss der Hochstraße zwischen Bahnhof und Bremer City mischen sich munter die Meinungen. Eine klare Linie zwischen Regierung und Opposition gibt es jedenfalls nicht mehr. So wenig wie bei der Diskussion, wie man generell die Innenstadt beleben könnte. Nachdem die CDU vorgeschlagen hat und ungewohnt radikal den Verzicht auf Parkhäuser gefordert hat, um neue Flächen für eine lebendige City zu gewinnen, jachtern die Grünen hinterher und schlagen das gleiche vor.

Das wagt hin und her, auch innerhalb der Parteien, wie man bei den Grünen beobachten kann, die mit ihren Vorschlägen den grünen Bau- und Umweltsenator vor sich her treiben. Das Haus von Joachim Lohse hatte gerade erst ein Konzept für die Disko-Meile vorgestellt – und ausdrücklich die Hochstraße einbezogen.

Manches, was jetzt aufs Tapet kommt, ist unrealistisch. Ein Tunnel vom Bahnhof zum Beispiel oder die Tiefgarage unter dem Wall. Trotzdem können solche Gedankenspiele helfen, sie weiten den Blick, am Ende auch fürs Machbare. Bericht Seite 9
juergen.hinrichs@weser-kurier.de

Ein Witz



Andreas Lesch
über die Fifa-Reformen

Der Fußball-Weltverband (Fifa) hat am Donnerstag mal wieder eindrucksvoll bewiesen, in welch verheerendem Zustand er sich befindet. Er hat in Zürich ein paar Neuerungen beschlossen, die Reformen sein sollen – die aber nicht mehr sind als ein Witz. So will die Fifa ihre Funktionäre nur noch maximal zwölf Jahre im Amt lassen, aber sie will ihnen keine Altersbeschränkung auf 74 Jahre zumuten. Die Fifa will die Vergütung ihrer Top-Funktionäre öffentlich machen; dabei waren in den vergangenen Jahren doch eher jene Einkünfte das Problem, die sowieso in keiner Bilanz stehen. Die Fifa will neue Strukturen in ihren Führungsgremien schaffen; dabei ist es bei der kriminellen Energie, die viele Mitglieder dieser Gremien haben, eher nebensächlich, auf welchem Posten sie sitzen.

Wie verbreitet Bestechung und Korruption im Fußball-Weltverband sind, zeigte sich am Donnerstag an einer hübschen Pointe: Zwei Vizepräsidenten wurden festgenommen, beide waren noch neu im Amt. Warum sie befördert worden waren? Weil ihre Vorgänger kürzlich in Zürich verhaftet wurden – bei der letzten Polizei-Aktion gegen die Fifa. Bericht Seite 24
andreas.lesch@weser-kurier.de



Mario Lars

Deutschland sollte sich aus dem Weltkrieg heraushalten



Birgit Svensson
über militärisches Eingreifen im Orient

Chaos auf den Schlachtfeldern gegen den IS: Russland schießt Marschflugkörper von seinen Kriegsschiffen im Kaspischen Meer Richtung Syrien. Ihre Flugroute führt über Irak-Kurdistan. Der zivile Flughafen in der Kurdenmetropole Erbil bleibt tagelang geschlossen. Gleichzeitig steigen F16-Kampfflugzeuge der Amerikaner von Erbil aus in die Luft, ebenfalls mit Kurs auf Syrien. Die Israelis fliegen Aufklärungsmissionen, die Franzosen bombardieren in der irakischen Provinz Anbar und im syrischen Rakka, die Australier in Kirkuk. Zwischendurch greifen die Jordanier an, nachdem einer ihrer Piloten von den Schergen des IS bei lebendigem Leibe verbrannt wurde. Die Chinesen wollen ebenfalls nach der Enthauptung eines ihrer Landsleute in das Kriegsgeschehen eingreifen. Seit Donnerstag fliegen auch die Briten Luftangriffe. Und demnächst kommen die Deutschen?

Auf einem zivilen Inlandsflug nach Bagdad zieht etwa 2000 Meter unter der Maschine ein Objekt vorbei, das nicht wie ein Flugzeug aussieht. „Das ist eine Rakete“, sagt jemand. Woher die Rakete stammt, wohin sie fliegt, ist nicht auszumachen. Es scheint nur eine Frage der Zeit, bis ein derartiges Geschoss mit einer Zivilmaschine zusammenstößt. „Hier macht doch jeder, was er will“, beschrieb ein anderer Passagier den Zustand in seinem Land. Anscheinend wahllos werden Ziele bombardiert – ohne Koordination in einer Kommandozentrale. Angriffe werden durchgeführt,

ohne andere davon in Kenntnis zu setzen. Jeder hat eigene Sicherheitsdienste und Informationsquellen. Absprachen finden kaum statt. Und in diese Kommando-Anarchie will Deutschland sich einreihen? Ein Koch mehr in dem schon reichlich verdorbenen Brei?

Geld, Waffenlieferungen, Militärausbilder, Luftangriffe, Soldaten: Die Mittel, mit denen ausländische Mächte in den syrischen Bürgerkrieg und den Krieg gegen den IS im Irak eingreifen, unterscheiden sich erheblich – genau wie ihre Ziele. Von Anfang an dabei waren Türken, Iraner und Saudis, deren Interessen grundsätzlich verschieden sind.

Scheinbar wahllos werden Ziele bombardiert – ohne Koordination in einer Kommandozentrale.

Die Syrienpolitik der mehrheitlich sunnitischen Türkei wird durch zwei Ziele bestimmt: den Sturz Assads und den Willen, unbedingt einen Kurdenstaat zu verhindern. Das Aufkommen des IS, der auch die Kurden und Assad schwächte, war für die Türken strategisch wertvoll. Beim Transport von Dschihadisten und Waffen über die türkisch-syrische Grenze schauten sie offenbar nicht besonders genau hin. Ohne die Türkei wäre der IS heute nicht das, was er ist. Ohne Saudi-Arabien ebenfalls nicht. Die Saudis haben die Terrormiliz lange Zeit massiv unterstützt. Der Grund: Als Erzfeind des schiitischen Iran half die Königsdynastie aus Riad allen sunnitischen Gruppen in Syrien und dem Irak.

Vor rund einem Jahr entschlossen sich die Saudis aber, zumindest die offizielle Unterstützung für den IS einzufrieren. Gleichwohl gibt es in dem Golfstaat, dessen radikal-wahhabitische Auslegung des Islam mit der des IS vergleichbar ist, viele Sympathisanten der Miliz. Ankara und Riad sind unsere Verbündeten.

Für Teheran hingegen ist der Machtverbleib Assads das bestimmende Element für das Engagement in Syrien. Auch im Irak soll die schiitisch dominierte Regierung nicht gefährdet werden. Gemeinsam mit der libanesischen Hisbollah-Miliz bildet der Iran eine schiitische Achse, die Damaskus und Bagdad mit Geld, Waffen, und Soldaten unterstützt. Die sogenannten iranischen Revolutionsgarden kämpfen mit Hisbollah-Kämpfern an Assads Seite gegen Rebellen und koordinieren die Einsätze der Schiitenmilizen im Irak.

Irgendwo zwischen diesen gegenläufigen Interessen wird sich Deutschland befinden, wenn der Bundestag einer Beteiligung am Kriegseinsatz gegen den IS zustimmt: Kriegspartei eines dritten Weltkrieges. Reicht es denn nicht, dass wir zwei Weltkriege zu verantworten haben? Thema Seite 3-Berichte Seite 4
politik@weser-kurier.de

Eine offene Debatte

Die Entscheidung, die der Bundestag am diesem Freitag zu treffen hat, ist nicht einfach. Auch in unserer Redaktion gehen die Meinungen auseinander. Hier schreibt unsere Nahostkorrespondentin Birgit Svensson, in der Dienstagegabe hat sich Politikkolleg Joerg Helge Wagner positioniert. Nehmen Sie teil an der Debatte: per Leserbrief, E-Mail oder auf Facebook. MOD

Rhein-Neckar-Zeitung

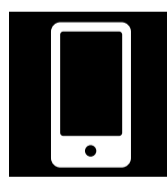
über Putin: „Putin begreift Politik als taktisches Spiel. Deshalb konnte auch darauf verzichten, den Westen zu geißeln – seinen neuen ‚Verbündeten‘ in Syrien. Wobei sein dortiges Engagement weniger der Feindschaft gegen militante Islamisten geschuldet ist, sondern der Sorge, den einzigen russischen Stützpunkt am Mittelmeer zu verlieren. Zurzeit gilt Diktator Assad als Garant für die Basis in Tartus. Doch auch das kann sich schnell ändern.“

Landeszeitung

über das Massaker in San Bernardino: „Nach jedem Blutbad fordern prominente Demokraten eine Verschärfung des Waffenrechtes, was Republikaner prompt ablehnen – die ansonsten um Gottes Beistand für die Opfer beten. Was God's own country offenbar fehlt, ist eine Überwindung des Gründungsmythos, wonach Siedler die Freiheit mit Waffengewalt in den Westen trugen. Kurzum: Die konservative Hälfte des tief gespaltenen Landes muss politisch erwachsen werden.“

KORREKTUR

In unserer Ausgabe vom 3. Dezember hatten wir für Donnerstag die Vorstellung des ersten Jahresberichts des neuen Wehrbeauftragten Hans-Peter Bartels im Deutschen Bundestag angekündigt. Tatsächlich hat das Parlament am Donnerstag über den Bericht des Wehrbeauftragten diskutiert – allerdings den für das Jahr 2014. Wir bitten, das Versehen zu entschuldigen.



Dieses Symbol kennzeichnet Augmented-Reality-Effekte. Mit Ihrem Smartphone, Tablet und der App WESER-KURIER Live können Sie digitale Inhalte abrufen.

WESER KURIER
BREMER ZEITUNG · UNABHÄNGIG UND ÜBERPARTeilICH
Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG · DIE NORDDEUTSCHE unabhängig und überparteilich
Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN unabhängig und überparteilich
Bremer Tageszeitungen AG
Martinistraße 43, 28195 Bremen
Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig
Geschäftsführende Redakteure:
Alexandra-Katharina Küttemeyer, Christian Wagner
Chefredakteur: Jürgen Hinrichs · Chefredakteur Kultur/Medien:
Dr. Hendrik Werner · Politikkolleg: Joerg Helge Wagner · Bremen:
Arno Schupp · Kultur: Iris Hetscher · Wirtschaft: Moritz Döbler
Sport: Marc Hagedorn · Regionalleitung: Peter Voith
Regionales: Antje Borstelmann, Michael Brandt, Harald Laube
Layout: Stephan Meinking · Redaktionelle Projekte:
Stefan Dammann · Büro Berlin: Jochen Arntz (Leitung)
Büro Hannover: Peter Mlodoč · Büro Hamburg: Mona Adams
Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum
monatlich 31,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich:
Tanja Bittner, Vincent Koss
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 69.
Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, samstags von 9.30 bis 14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von 6.30 bis 18 Uhr, samstags von 7 bis 12 Uhr und sonntags von 8 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.
Verlag: Telefon: 04 21 / 36 71 0 Telefon: 04 21 / 36 71 10 00
Abonnenten-Service: Telefon: 04 21 / 36 71 66 77 Telefon: 04 21 / 36 71 10 20
E-Mail: abonentenservice@weser-kurier.de
abonentenservice@bremer-nachrichten.de
Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr):
Telefon: 0800 / 36 71 22 2
*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen
Redaktion: Telefon: 04 21 / 36 71 0 Telefon: 04 21 / 36 71 10 00
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
redaktion@bremer-nachrichten.de
Anzeigenannahme: Telefon: 04 21 / 36 71 66 55
Telefon: 04 21 / 36 71 11 00 (Anzeigen)
Telefon: 04 21 / 36 71 10 10 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
anzeigen@bremer-nachrichten.de

Karl Wohlmuth über den Offshore-Terminal

Der geplante Bau des Offshore-Terminals in Bremerhaven (OTB) wird vom Senat und den Befürwortern als solide finanziertes Projekt dargestellt, das zudem in Bremerhaven neue Arbeitsplätze schaffen werde. Namhafte Wirtschaftspraktiker in Bremerhaven haben sich skeptisch zu dem Projekt geäußert. Den kritischen Stimmen steht allerdings eine mächtige Lobby der Windkraftindustrie gegenüber, die auch in der Bürgerschaft stark vertreten ist und exzellente Verbindungen zur Bauwirtschaft hat. Die angekündigte Klage vom BUND bietet nun die Chance, die Grundlagen des Projektes nochmals zu überdenken und sinnvolle Alternativen zu dem Projekt für Bremerhaven zu entwickeln.

Lieber die innovative Vielfalt fördern

Bremerhaven hat mit dem Aufbau des Windenergie-Clusters Weitsicht gezeigt, doch auch ohne den OTB kann das Cluster weiter entwickelt werden. Innerhalb von wenigen Jahren ist es gelungen, die traditionellen industriellen Stärken im Schiff- und Maschinenbau für die Windkraftindustrie nutzbar zu machen. Darüber hinaus ist es gelungen, die Stärken bei den Schlüsseltechnologien (Meeres- und Materialwissenschaften, Windenergieforschung) auszubauen. Zudem hat Bremerhaven mit der Windenergie ein wichtiges Zukunftsthema besetzt. Diese positiven Entwicklungen dürfen aber nicht darüber hinweg täuschen, dass für die Schaffung von Arbeitsplätzen neben der Spezialisierung auch Vielfalt in der industriellen Entwicklung benötigt wird. Es ist notwendig, auch Mittel für die Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen in anderen Industriezweigen vorzuhalten. Die Innovationsstrategie des Landes Bremen weist drei Cluster und zwölf Kompetenzfelder aus. Bremerhaven

kann in zwei Clustern und in mehreren Kompetenzfeldern punkten. Innovative Unternehmen in diesen Bereichen sind im Rahmen der Innovationsförderung zu bedenken. In der Tat ist die Finanzierungsseite beim OTB-Projekt entscheidend. Die Kleinförderung für innovative Unternehmen darf nicht beeinträchtigt werden. In Bremen gibt es ein Defizit an innovativen kleinen und mittelgroßen Unternehmen. Die Bremische Politik sollte daher nicht nur Großunternehmen und Großprojekte im Fokus haben. Der finanzielle Handlungsspielraum muss erhalten bleiben, um solche Unternehmen zu fördern. In Bremerhaven kann durch einen Innovationsfonds zur Förderung der industriellen Vielfalt mehr erreicht werden als durch das riskante OTB-Projekt. 2014 sind zwei für Bremen wichtige Studien erschienen. Das RWI hat im Auftrag der Handelskammer Bremen dargelegt, dass die Unternehmen in Bremen mit den Forschungs- und Ausbil-

dungsinstitutionen unzureichend vernetzt sind, so dass der Wissens- und Technologietransfer nicht optimal funktioniert. Die Studie von HWWI und ITD Bremen hat aufgezeigt, dass eine Neuorientierung der Bremischen Innovationspolitik dringend erforderlich ist, um die Arbeitsmarkt- und Budgetprobleme des Landes zu entschärfen. Eine Reform der Wirtschafts- und Innovationsförderung steht dringend an. Da ist die Politik gefragt!



Gastautor
Karl Wohlmuth (72) ist emeritierter Professor für das Fachgebiet „Vergleich ökonomischer Systeme“ an der Universität Bremen. Arbeitsgebiete sind Innovationsprozesse in der Weltwirtschaft und Afrika.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

SYRIEN: DAS PARLAMENT ENTSCHEIDET ÜBER DEN EINSATZ DER BUNDESWEHR

„Es kann nur eine politische Lösung geben“

Der Bundestag stellt heute die Weichen, dass sich Deutschland an der Anti-Terror-Aktion in Syrien beteiligt. Ein richtiges Signal?

Alexander Graf Lambsdorff: Nach den schrecklichen Anschlägen von Paris und der Bitte von Präsident Hollande, Deutschland möge mehr tun, ist diese Beteiligung richtig. Wir hoffen bei der Flüchtlingsaufnahme auf die Solidarität unserer europäischen Partner – umgekehrt müssen wir unsere Solidarität bei der Bekämpfung des Islamischen Staates zeigen.

Ist Deutschland damit im Krieg?

Deutschland ist in einem Krieg gegen den Terrorismus, aber nicht in einem konventionellen Krieg, wie man ihn aus der Vergangenheit kennt. Denn der Islamische Staat nennt sich zwar Staat, er ist aber kein Staat. Wir dürfen nicht vergessen: Die Anschläge von Paris hätten auch in Bremen oder Hamburg passieren können. Das ist eine Bedrohung für uns alle.

Ist der IS überhaupt militärisch zu besiegen?

Der IS wird so lange eine Zukunft haben, solange es nicht einen gerechten Ausgleich zwischen den Interessen der sunnitischen, schiitischen, alevitischen und anderen Bevölkerungsgruppen in Syrien gibt. Das Gleiche gilt für den Irak. Die Lösung des Konflikts muss umfassend sein – das ist der Wiener Prozess. Es kann also nur eine politische Lösung des Syrien-Konflikts geben, die mit militärischen Mitteln befördert wird.

Aber kann man wirklich einen Friedensprozess einleiten, solange kein Vertreter von Assads Regime mit am Tisch sitzt?

Es ist ja bemerkenswert, dass Russland trotzdem dabei ist, das Assad in Syrien den Rücken stärkt. Ich glaube, gute Politik beginnt mit dem Betrachten der Realität. Man kann sich wünschen, dass der IS und Assad von einem auf den anderen Tag nicht mehr da sein mögen – aber realistisch ist das nicht. Deshalb müssen wir unter Umständen auch mit Assad über eine politische Lösung reden. Mittelfristig wird es aber keine Zukunft für einen wie Assad geben können, weil viele Menschen vor den Angriffen und Maßnahmen seines Regimes fliehen.

Gibt es überhaupt Aussicht auf eine politische Lösung? Die Gemengelage der Interessen ist doch jetzt schon äußerst kompliziert.

Sie haben vollkommen recht. Wir Freie Demokraten behaupten auch nicht, es gäbe eine einfache und schnelle Lösung. Wir kritisieren aber, dass es viel zu lange gedauert hat, bis die Gespräche in Wien für eine politische Lösung endlich aufgenommen wurden. So wie wir Frank-Walter Steinmeier für seine Ukraine-Politik loben, müssen wir ihn in der Syrien-Frage kritisieren. Das Flüchtlingsproblem in Deutschland zeigt doch deutlich: Auch wenn wir uns aus einer Krise heraushalten, bleibt die Krise nicht da, wo sie ist. Deswegen ist eine Außenpolitik unabdingbar, die sich aktiv und geduldig um Lösungen bemüht. Im Falle Syriens ist die Bundesregierung zu spät aktiv geworden.

Sollte es keine Lösung geben, werden weiterhin Hunderttausende nach Europa kommen. Ist es nicht ein Armutszeugnis für die EU, wie die Mitgliedsländer momentan um Kontingente schachern?

EU-Europa hat seine Hausaufgaben gemacht. Die Kommission und das Parlament haben seit Jahren an einer Asyl- und Flüchtlingspolitik gearbeitet, die einer Krise standhält. Wir haben diese Arbeit nach dem Schiffungslück vor Lampedusa im Herbst 2012 intensiviert und beschleunigt. Aber viele Mitgliedsstaaten haben beschlossene Maßnahmen nicht umgesetzt: etwa Fingerabdrücke nehmen, Daten austauschen, gleiche Standards für Asylbewerber einhalten. Diese Länder entsolidarisieren sich nun auch in der Krise. Aber auch Deutschland hat sich nicht solidarisch verhalten. Italien und Griechenland haben nach Lampedusa ein krisenfestes System gefordert. Berlin hat abgewunken und gesagt: Wir sitzen hoch und trocken! Das rächt sich jetzt.

Die FDP macht die Kanzlerin für das – so wörtlich – Chaos in der Flüchtlingspolitik verantwortlich. Welche Fehler hat Angela Merkel denn gemacht?

Frau Merkel hat gesagt „wir schaffen das“. Soweit, so gut. Aber von einer Bundeskanzlerin muss man erwarten, dass sie auch sagt, wie wir das schaffen. Dann hat sie noch einen Satz gesagt, den wir Liberalen gern unterschreiben: „Deutsche Gründlichkeit ist super, aber es wird jetzt deutsche Flexibilität gebraucht.“ Dann muss sie mit ihrer Regierung aber auch dafür sorgen, dass die Behörden entsprechend handeln. Doch in vielen Behörden sind die Vorschriften viel zu oft wichtiger als die Menschen.

Hat die FDP denn einen Plan?

Wir Liberalen haben ein sehr differenziertes Konzept. Wir wollen, dass Menschen in den Arbeitsmarkt einwandern statt in Aufnahmeeinrichtungen. Das ist der erste Punkt. Zweitens halten wir es für falsch,



Wirtin Kanzlerin Angela Merkel schwere Versäumnisse in der Flüchtlingspolitik vor: Alexander Graf Lambsdorff. FOTO: GETTY IMAGES

die Bürgerkriegsflüchtlinge durch das zeitraubende Asylverfahren zu schleusen. Diese Menschen fliehen vor dem Krieg; sie fliehen nicht, weil sie politisch verfolgt werden. Laut Genfer Schutzkonvention stehen ihnen dafür drei Jahre Schutz zu.

Gibt dieses Konzept nicht ein falsches Signal? Wenn ein Flüchtling nur drei Jahre bleiben darf, wird er sich nicht integrieren wollen.

Darüber haben wir uns auch den Kopf zerbrochen, es ist ja keine einfache Frage. Wir wissen, dass viele der Syrer wieder in ihre Heimat zurück wollen, diese Möglichkeit

muss geschaffen werden. Deswegen ist der diplomatische Prozess so wichtig. Diejenigen, die in Deutschland bleiben möchten, brauchen Sprachunterricht und müssen in den Arbeitsmarkt integriert werden. Und zwar schnell, ein monatelanges Rumsitzen in Lagern darf es nicht geben.

Das Thema Flüchtlinge dürfte auch bei den drei Landtagswahlen im März eine große Rolle spielen. Die beiden letzten Wahlen waren für die FDP ein Erfolg, weil sie mit Lencke Steiner in Bremen und Katja Suding in Hamburg zwei auffällige Spitzenkandidatinnen hatte. Die Frontleute für die

anstehenden Wahlen sind etwas anders aufgestellt.

Das stimmt und es zeigt, dass der Vorwurf, die FDP stelle nur junge, hübsche Frauen auf, unsinnig ist. Die FDP kann auch Männer! Ulrich Rülke gilt in Baden-Württemberg als der eigentliche Oppositionschef, weil er ein Kämpfertyp ist. In Rheinland-Pfalz tritt mit Volker Wissing ein über Parteigrenzen hinweg fachlich hoch anerkannter Finanzpolitiker an. Und Frank Sitta in Sachsen-Anhalt bringt als politisch engagierter Jungunternehmer frischen Wind mit, so wie Lencke Steiner das hier in Bremen gemacht hat.

Im kommenden Jahr werden insgesamt fünf Landtage gewählt – und die FDP ist noch nicht ganz raus aus der Krise. Wird 2016 zum Schicksalsjahr für die Liberalen?

Die Stimmung ist durch die Erfolge in Bremen und Hamburg natürlich viel besser geworden. Wir nehmen jede Wahl ernst. Aber entscheidend ist und bleibt für uns die Bundestagswahl 2017.

Trotz ihrer Krise sind die Freien Demokraten in den Parlamenten von Bremen, Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein vertreten. Was kann die FDP vom Norden lernen?

Wir können von Lencke Steiner, Katja Suding und Wolfgang Kubicki lernen, kein Blatt vor den Mund zu nehmen und schwungvoll in die Wahlkämpfe zu gehen. Was diese drei verkörpern, ist ja eine positive, optimistische Grundhaltung. Das passt prima zur FDP nach dem Neustart hier im Norden.

Das Interview führte Norbert Holst.

Von der Leyen lässt Dauer offen

VON KRISTINA DUNZ

Eine Wiederaufstockung der Bundeswehr ist unter dem Druck weltweiter Einsätze für Ursula von der Leyen offensichtlich kein Tabu. Am Tag vor der Bundestagsentscheidung über den deutschen Militäreinsatz gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) sagte die Verteidigungsministerin am Donnerstag in Berlin: „Mir ist schon klar, dass, wenn die Welt weiter so hohe Anforderungen an uns stellt, wir auch im Personalkörper sicherlich die Offenheit haben müssen, auch da nachzusteuern.“ Auf die Frage, ob sie den Einsatz von EU- oder Nato-Bodentruppen in Syrien erwarte, antwortete sie unkonkret: „Aus meiner Sicht ist die Kombination zwischen lokalen – aus der Region kommenden – Bodentruppen und Luftschlägen der Koalition gegen den Terror das, was am vielversprechendsten ist.“

Nach der Wiedervereinigung war die Bundeswehr kontinuierlich um mehrere hunderttausend Soldaten auf derzeit rund 180.000 Männer und Frauen reduziert worden. Von der Leyen sagte: „Wir sind mittendrin in einer Organisations- und Personalkörperanalyse, um zu sehen, ob Aufgabenqualität und Personalausstattung noch zueinander passen.“ In einigen Monaten werde das Ergebnis vorliegen. Die CDU-Politikerin führte Bundeswehraufgaben in der Ukraine-Krise, Ebola-Krise, Flüchtlingskrise, Einsätze in Afghanistan, Mali, im Irak, im Mittelmeer und die „helfenden Hände im Inland“ an.

Zur Dauer des geplanten Syrien-Einsatzes sagte die Ministerin, das hänge vom politischen Prozess ab. Die Wurzeln des Hasses müssten bekämpft werden. Der entscheidende nächste Schritt sei, Opposition und Regime dazu zu bringen, dass die verschiedenen Milizen und bewaffneten Gruppen einen Waffenstillstand vereinbaren, „um Klarheit zu schaffen, wie wir den gemeinsamen Feind, den IS, bekämpfen“. Von der Leyen betonte erneut: „Es wird keine Zusammenarbeit mit Truppen unter Präsident Assads Kommando geben.“

KSK-Einsatz nicht geplant

Die Regierung zieht der Ministerin zufolge für den Syrien-Einsatz Lehren aus dem Afghanistan-Krieg. In Syrien und im Irak bestehe eine „konsequente Parallelität von politischem, humanitärem, wirtschaftlichem und ideologischem Prozess.“ Das hat es in Afghanistan so nicht gegeben. „Es solle ein Signal an die Menschen in Syrien“ gesendet werden, dass die internationale Gemeinschaft entschlossen sei, den IS konsequent zu bekämpfen und auch auf einen Waffenstillstand hinzuwirken. Die Rückzugsräume des IS sollten zerstört und weitere Terroranschläge in der Welt verhindert werden. Das auf Kampf und Rettung spezialisierte Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr (KSK) werde nicht eingesetzt. Auf die Frage, wer bei einem möglichen Tornado-Absturz über Syrien versuchen würde, deutsche Piloten zu retten, sagte die Ministerin: „Die Rettungskette ist in der Verantwortung der Amerikaner.“ Das gelte für das gesamte Einsatzgebiet. Das KSK werde an keinen Rettungsaktionen teilnehmen.

Der Bundestag will an diesem Freitag über die Entsendung von maximal 1200 Bundeswehrosoldaten für den Kampf gegen den IS abstimmen. Die Deutschen sollen Nationen, die Luftangriffe auf mutmaßliche IS-Stellungen fliegen, mit Aufklärungsflügen von sechs Tornado-Maschinen aus Jagel (Schleswig-Holstein) unterstützen. Die deutsche Fregatte „Augsburg“ soll zum Schutz eines französischen Flugzeugträgers eingesetzt werden.

Linksfraktionsvize Jan Korte erklärte, die Regierung verlange vom Bundestag, „ohne Plan, ohne Strategie, ohne viel Zeit zum Nachdenken und vor allem ohne Diskussion“ zu entscheiden. „Ich appelliere insbesondere an die Abgeordneten der SPD, ihre Zustimmung zum Kriegseintritt zu überdenken.“ In der SPD-Fraktion gehört die Bremer Abgeordnete Sarah Ryglewski zu denjenigen, die gegen den Bundeswehreininsatz in Syrien stimmen werden. „In der aktuellen Situation, in der nicht klar ist, wer auf welcher Seite gegen wen kämpft, wird noch mehr Militär den Konflikt nicht beenden“, begründete sie gegenüber dem WESER-KURIER ihre Entscheidung. Eine friedliche Zukunft für die Menschen in Syrien könne es nur mit einem Gesamtkonzept geben, das „klar jede Zusammenarbeit mit dem Assad-Regime jetzt und in Zukunft ausschließt“.



Ursula von der Leyen spricht von neuen militärischen Anforderungen. FOTO: DPA

Der Name ist Programm

Außenpolitik und Diplomatie hat er von der Pike auf gelernt: Alexander Graf Lambsdorff. Der FDP-Politiker begann 1995 eine Ausbildung im Auswärtigen Amt. Ab 1998 leitete er das Büro des früheren FDP-Außenministers Klaus Kinkel. Zwei Jahre später wechselte er in das Pressereferat der Deutschen Botschaft in Washington, anschließend wurde er zum Länderbeauftragten für Russland berufen.

Der Name ist quasi Programm: Alexander Graf Lambsdorff ist Neffe von Otto Graf Lambsdorff, legendärer Wirtschaftsminister unter den Kanzlern Helmut Schmidt und Helmut Kohl. Die Lambsdorffs sind ein altes Adelsgeschlecht, aus dem zahlreiche Militärs, Politiker und Diplomaten hervorgegangen sind. Dem 49-Jährigen allerdings sind Allüren von der Herkunft fremd. Standesgemäß allerdings waren seine Stationen in jungen Jahren: Er besuchte das

Elite-Internat Aloisiuskolleg in Bad Godesberg, studierte Geschichte und Politik in Bonn und an der renommierten Georgetown University in Washington.

Als Außenpolitiker stand Lambsdorff lange Zeit im Schatten von Guido Westerwelle, Außenminister der letzten schwarz-gelben Koalition. Doch mit dem Fiasko der FDP bei der Bundestagswahl 2013 wendete sich das Blatt: Lambsdorff wurde Spitzenkandidat für die Europawahl 2014. Als Vizepräsident des EU-Parlaments bekleidet er nun das höchste politische Amt, das den Liberalen noch geblieben ist. Das dürfte aber kaum der Endpunkt der Karriere sein – Lambsdorff gilt als ehrgeizig.

Der Mann aus Bonn ist verheiratet und hat zwei Kinder. Seine Hobbys sind eher unspektakulär: Lesen, Reisen, klassische Musik. Und: Seit Kindertagen ist er ein Fan von „Asterix und Obelix“. NH